Freie Demokraten im Hessischen Landtag

LANDTAGSDEBATTE ÜBER SOZIALSTAAT

03.03.2010

Weiter sagte Rentsch:
„Wir müssen nun endlich schauen, was haben die sinnvollen Hartz-IV-Reformen den Menschen, die Hilfe benötigen, gebracht. Und gleich im Anschluss werden wir die Reform weiterentwickeln. Die Bundes-FDP wird dazu unter dem Titel „Aufstiegschancen schaffen - soziale Effizienz steigern: Deutschland vor der Neuausrichtung der Sozialpolitik“ kommende Woche ein Symposium veranstalten, an dem auch Wolfgang Clement teilnimmt.

Das Bundesverfassungsgericht hat nicht gesagt, dass es höhere Hartz-IV-Regelsätze geben muss. Es hat den im Gesetz geregelten Berechungsmechanismus kritisiert. Das hat auch der scheidende Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier in dieser Woche in seinen Erläuterungen noch mal klar gemacht. Danach sind höhere Regelsätze für Hartz-IV-Empfänger aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht zu begründen. Das ist eine Klatsche für Rot-Grün, die das handwerklich zu verantworten haben.

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=2610

Niemand hat die kritisiert, die ein schweres Schicksal haben. Kritisiert worden sind die, die nach dem die Tinte auf der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung noch nichtgetrocknet war, sofort erklärt haben, jetzt müsse man mehr Geld ausgeben. EineSteuerreform zur Entlastung kleinerer und mittlerer Einkommen, so wie wir es vonSchwarz-Gelb wollen, sei jetzt unmöglich. Und das ist ein Fehler! Denn alles, was manverteilen muss, muss vorher erwirtschaftet werden. Wenn man nach einem solchen Urteilnur noch über Verteilungsgerechtigkeit und nicht mehr über Leistungsgerechtigkeit redet,macht man einen schweren Fehler! Es ist vereinbart worden, dass dieZuverdienstgrenzen ausgebaut werden. Zum Thema Leistungsgerechtigkeit haben wir aufden Weg gebracht, dass das Schonvermögen von 250,00 € pro Monat verdreifacht wird.Denn es geht bei Leistungsbereitschaft auch darum, dass derjenige, der sein Leben langgearbeitet hat und einen Schicksalsschlag erleidet, nicht alles abgeben muss.

Aus unserer Sicht ist es absolut notwendig, dass wir die Aufnahme von Arbeit erleichtern, indem vor allen Dingen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bei Steuern und Abgaben entlasten.“

Kontakt:
Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de

Abgerufen am 09.11.2026 unter https://fdp-fraktion-hessen.de/?p=2610